

Betreff: Bündner Tagblatt: 17.10.2017 (Bündner Tagblatt), Seite 1

Front

17. 10. 2017

Mittendrin unterbrochen

Der Grosse Rat hat gestern beim Auftakt der Oktobersession mit der Totalrevision des Gemeindegesetzes losgelegt – und bei einer umstrittenen Frage halt gemacht.

Enrico Söllmann

Die Diskussion darüber, ob Gemeindeversammlungen künftig für alle öffentlich sein sollen, hat der Grosse Rat gestern mittendrin unterbrochen. Viele der Parlamentarier hatten am frühen Abend nämlich mit der Generalversammlung von Handelskammer und Arbeitgeberverband Graubünden den nächsten Termin wahrzunehmen. Die im Rahmen der Totalrevision des Gemeindegesetzes gestellte Frage ist umstritten und wird heute Morgen beantwortet. Die Regierung will Gemeindeversammlungen grundsätzlich für alle zugänglich machen. Unterstützung erhält sie von FDP und SP, welche die Transparenz hochhalten und die Türen daher auch für Zweitwohnungsbesitzer und Medien öffnen wollen. Die Kommissionmehrheit – verstärkt durch CVP und BDP – hingegen möchte den Gemeinden diesbezüglich Entscheidungsfreiheit geben. Wenn sie wollen, sollen sie durch kommunales Recht die Öffentlichkeit ausschliessen

wollen, sollen sie durch kommunales Recht die Öffentlichkeit ausschliessen können. Beim vor eineinhalb Jahren geschaffenen Öffentlichkeitsgesetz hatte der Rat diese Diskussion noch nicht geführt, weil er die Gemeinden vom Geltungsbereich dieser Gesetzesvorlage ausgenommen hatte.

Nein zu SP-Antrag

Die Totalrevision des Gemeindegesetzes, die der Grosse Rat nun behandelt, stellte die SP gestern zunächst grundsätzlich infrage. Die Sozialdemokraten vermissten in der Vorlage eine Debatte über die in ihren Augen unnötigen Bürgergemeinden. Ein Rückweisungsantrag hatte allerdings keine Chance. Neben der Zugänglichkeit von Gemeindeversammlungen werden heute auch die verschiedenen Rechte der Bürgergemeinden beraten.